

Parlamentssitzung vom 14. März 2005

Beantwortung 0416

Motion Wyss (LdU) betr. Richterliches Verbot im Eichholz

Text der Motion

Der Gemeinderat wird aufgefordert, seine restriktive Praxis betreffend Erteilung von Sonderbewilligungen für gastgewerbliche Tätigkeiten im Eichholz zu ändern. Er soll Gesuche anhand vernünftiger Kriterien wohlwollend prüfen. Er könnte z.B. auch nur eine provisorische oder eine zeitlich limitierte Bewilligung erteilen, oder er könnte eine Bewilligung an Auflagen knüpfen. Beim nächsten Gesuch für eine Sonderbewilligung für gastgewerbliche Tätigkeiten im Eichholz ist die neue Bewilligungspraxis anzuwenden.

Begründung

Auf der Eichholz-Liegewiese besteht seit 1993 ein richterliches Verbot. Ohne Sonderbewilligung der Polizeiabteilung Köniz sind insbesondere verboten:

- Fahren und Parkieren von Motorfahrzeugen und Fahrrädern
- Lärmerzeugung
- Grillieren ausserhalb der offiziellen Grillstellen
- Liegenlassen von Abfällen
- Beschädigen von Bauten, Einrichtungen, Pflanzen, Bäumen etc.
- Freier Auslauf und Versäubern von Hunden
- Gewerbliche und gastgewerbliche Tätigkeiten

Im Sommer 2002 begann eine Person, auf der Liegewiese Esswaren und Getränke (selbst-gemachte Sandwiches, Guetelis und Tees mit ausgewählten gesunden Zutaten) zu verkaufen. Vorgängig fragte die Person beim Regierungsratshalter und bei der Ortspolizei Köniz nach. Die Ortspolizei Köniz verbot den Verkauf nicht. Im 2003 untersagte die Gemeinde Köniz diesen Verkauf aber mit dem Hinweis auf das richterliche Verbot und drohte mit strafrechtlichen Konsequenzen. Die Person beantragte daraufhin eine Sonderbewilligung, welche ihr die Gemeinde Köniz aber nicht erteilte, und zwar mit folgenden Hauptargumenten:

- Der Verkauf habe nichts mit Baden und Schwimmen zu tun, was er aber gemäss Baurechtsvertrag müsste.
- Es gebe ja im Eichholz ein Restaurant.
- Es gebe keinen Grund, an der bisherigen restriktiven und bewährten Bewilligungspraxis, gemäss der bisher keine Sonderbewilligungen erteilt worden seien, etwas zu ändern. Die Gemeinde habe ein Interesse am Erhalt von Ruhe und Ordnung in der Freizeitanlage, welche dadurch gefährdet wäre.

Ich als rege Eichholz-Benutzerin und mit mir 116 Unterzeichnerinnen und Unterzeichner einer Petition können diese Argumente nicht nachvollziehen. Erstens macht Baden und Schwimmen bekanntlich durstig und hungrig. Zweitens hat das Restaurant ein ganz anderes Angebot (jenes des Gesuchstellers war gezielt auf gesunde Ernährung ausgerichtet) und oft lange Warteschlangen, im weiteren ist nicht einzusehen, warum es praktisch ein Monopol im Eichholz hat. Und drittens dürfte die Gemeinde Köniz dem Bedürfnis der Benutzenden, wie es in der Petition kund getan wird, einen gewissen Respekt entgegen bringen. Ist nicht ein vielfältiges und am Bedürfnis der Konsumierenden ausgerichtetes Angebot sowie eine gesunde Konkurrenz Lebensqualität und auch Gütesiegel unseres Wirtschaftssystems? Im Marzili beispielsweise funktioniert dieses Nebeneinander, nebst dem Restaurant gibt es auf der Liegewiese einen unabhängigen Stand mit Getränken und Esswaren.

Und warum gerade dieses Verbot so strikt gehandhabt wird, während alle anderen Zuwiderhandlungen ganz offensichtlich geduldet werden, ist ebensowenig nachvollziehbar. Ich

beobachte beispielsweise mehrmals täglich, wie Hunde frei herumlaufen und sich auch ungeniert versäubern; ich sehe Leute, die ihre Abfälle liegenlassen; ich sehe Grills und herumstehende Velos; und ich höre viele Geräusche, die für manche Menschen Lärm bedeuten, Kindergeschrei, lautes Gelächter, Trommeln etc.

Eingereicht am 6. September 2004

Ursula Wyss, Rolf Zwahlen, Hermann Gysel, Valentin Lagger, Rita Haudenschild, Urs Maibach, Alfred Arm, Stephanie Staub, Barbara Mooser (9)

Antwort des Gemeinderates

Wie die Motionärinnen und Motionäre richtigerweise feststellen, besteht auf dem Areal der Bade- und Freizeitanlage Eichholz, Wabern (Baurechtsparzelle Köniz-Grundbuchblatt Nr. 7023) ein richterliches Verbot. Es ist ebenfalls richtig erkannt worden, dass lediglich die Polizeiabteilung Köniz Sonderbewilligungen erteilen kann. In der vorliegenden Motion geht es darum, die bisher restriktive Praxis bezüglich Erteilung von Sonderbewilligungen für gewerbliche und gastgewerbliche Tätigkeiten zu ändern bzw. zu lockern.

Seit Bestehen des richterlichen Verbotes aus dem Jahr 1993 hat die Polizeiabteilung keine Sonderbewilligungen bezüglich gewerbliche und gastgewerbliche Tätigkeiten erteilt. Der erwähnte Verkauf von Esswaren und Getränken im Sommer 2002 wurde ohne Gesuch des Betreibers und ohne Sonderbewilligung seitens der Polizeiabteilung durchgeführt. Aus der damaligen Anfrage beim Regierungsstatthalter konnte keine rechtsgültige Bewilligung abgeleitet werden, ist doch, wie bereits erwähnt, ausschliesslich die Polizeiabteilung für die Erteilung von Sonderbewilligungen zuständig.

Der Gemeinderat vertritt die Meinung, dass an der bewährten Praxis festgehalten werden sollte. Er begründet dies wie folgt:

- Die bisher restriktive Haltung gegenüber Sonderbewilligungen hat sich nach Meinung des Gemeinderates bewährt, zumal sich die Lage im Eichholz nach den zu Beginn der Sommersaison 2003 getroffenen Massnahmen markant beruhigt hat. Mit der geforderten Änderung der Bewilligungspraxis könnte die nun eingelebte Ruhe strapaziert werden.
- Würde die bisherige Praxis geändert, wäre ein durchaus möglicher „Wildwuchs“ zu befürchten, denn wegen der zu beachtenden Rechtsgleichheit könnten weitere Sonderbewilligungen auf Gesuche von Betreibern von Hamburger-, Pommes-Frites-, Kebab- und weiteren Verpflegungsständen kaum verweigert werden.
- Auf der Liegewiese im Eichholz fehlt eine geeignete Infrastruktur (Wasser-, Abwasser- und Stromanschlüsse), welche für den Betrieb von Imbiss- und Getränkeständen nicht zuletzt aus hygienischen Gründen zwingend vorhanden sein müsste.
- Die Erteilung von Bewilligungen für Verpflegungsstände würde zwangsläufig vermehrten Abfall, Geruch und Lärm nach sich ziehen. Diese zusätzlichen Immissionen können der Anwohnerschaft im Eichholz nicht zugemutet werden.
- Im Eichholz besteht ein leistungsfähiger, kostengünstiger Verpflegungsbetrieb mit einem ausgewogenen Angebot. Zudem ist es nicht verboten, selbst mitgebrachte Esswaren und Getränke auf der Liegewiese zu konsumieren.

Dem Gemeinderat ist es äusserst wichtig, dass die nun eingelebte Ruhe aufrecht erhalten bleibt. Er sieht sich nicht veranlasst, den Besucherinnen und Besuchern weitergehende Verpflegungsmöglichkeiten anbieten zu lassen bzw. an der bisherigen Bewilligungspraxis der Polizeiabteilung Änderungen anzubringen.

Antrag

Ablehnung der Motion.

Köniz, 12. Januar 2005

Der Gemeinderat